

LANDESFÖRDERPROGRAMM (IBI)

Landesförderprogramm „Implementierung betrieblicher Innovationen“ auf Grundlage der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (MWVLW) vom 11.01.2021.

Erklärungen

Grundsätzliche Erklärungen des Antragstellers

1. Vollständigkeit der Angaben

Ich/Wir bestätige/n, dass die vorstehenden und in den Anlagen zu diesem Antrag gemachten Angaben richtig und vollständig sind. Mir/uns ist bekannt, dass falsche oder unvollständige Angaben die Rückforderung des bewilligten Zuschusses zur Folge haben können. Änderungen und Abweichungen vom Antrag sind unverzüglich mitzuteilen.

2. Beginn des Vorhabens

Ich/Wir erkläre/n, dass mit dem beantragten Vorhaben nicht vor Antragstellung (Datum des Antragseingangs) begonnen wurde und auch nicht vor Bewilligung mit dem Vorhaben begonnen wird. Sollte auf Grundlage der für mich/uns maßgeblichen Fördervorgaben eine Erteilung der Erlaubnis zum Maßnahmebeginn erfolgen (z.B. Bestätigung der grundsätzlichen Förderfähigkeit), erkläre/n ich/wir, nicht zuvor mit dem Vorhaben zu beginnen. Als Vorhabenbeginn sind grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages sowie die Aufnahme von Eigenarbeiten zu werten. Bei Baumaßnahme gelten Planung, Bodenuntersuchung und Grunderwerb nicht als Beginn des Vorhabens, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck der Zuwendung.

3. Beantragung anderer Fördermittel

Ich/Wir bestätige/n, dass neben den im Antrag angegebenen Mitteln für dieses Vorhaben keine weiteren Zuwendungen aus einem anderen Europäischen Programm/Fonds oder einem anderen Programm des Landes Rheinland-Pfalz oder von einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts beantragt wurden, werden oder bewilligt sind.

4. Datenverarbeitung

Ich/Wir bestätige/n, dass personenbezogene Daten verarbeitet werden dürfen, soweit dies nach den Vorgaben des Landesdatenschutzgesetzes des Landes Rheinland-Pfalz zulässig ist.

5. Bestätigung kein Unternehmen in Schwierigkeiten

Ich versichere/Wir versichern, dass mein/unser Unternehmen kein „Unternehmen in Schwierigkeiten“ im Sinne der Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten (2014/C 249/01) ist.

6. Bestätigung Folgeleistung von Rückforderungen

Ich versichere/Wir versichern, dass mein/unser Unternehmen, sofern eine Rückforderung aufgrund einer früheren Kommissionsentscheidung zur Feststellung der Rechtswidrigkeit und Unvereinbarkeit einer Beihilfe mit dem Gemeinsamen Markt angeordnet wurde, dieser auch Folge geleistet habe/n.

7. Belange des Umwelt- und Naturschutzes

Ich versichere/Wir versichern, dass die Belange des Umwelt- und Naturschutzes berücksichtigt werden. Entsprechende Unterlagen sind – soweit sie dem Antragsteller vorliegen – dem Antrag beigefügt oder werden zeitnah nachgereicht (insbesondere wasserrechtliche Genehmigung, emissions- /immissionsschutzrechtliche Genehmigung, u.ä.).

8. Ziele der Raumordnung und Landesplanung

Ich versichere/Wir versichern, dass das Vorhaben mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung vereinbar ist. Entsprechende Unterlagen sind – soweit sie dem Antragsteller vorliegen – dem Antrag beigefügt oder werden zeitnah nachgereicht.

9. Zahlungsfähigkeit des Antragstellenden

Ich/wir erkläre/n, dass der Antragstellende seine Zahlungen nicht eingestellt hat, nicht überschuldet ist und kein Insolvenzverfahren über das Vermögen des Antragstellenden unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet wurde.

10. Abtretung

Ich/wir bestätige/n, dass die beantragte oder bewilligte Zuwendung nicht abgetreten wird.

11. Belegführung

Ich/wir erkläre/n, dass die Kassen- und Buchführung sowie die Ausgestaltung der sonstigen Belege nachvollziehbar geführt werden und den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Buchhaltung (GoB) entsprechen.

12. Vorlage personenbezogener Informationen und Belege (sofern relevant)

Ich/wir erkläre/n, dass das Einverständnis der Mitarbeiter vorliegt, die im Förderverfahren erforderlichen personenbezogenen Informationen und Belege vorzulegen.

Ort und Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift(en) / Stempel

Erklärung zur Subventionserheblichkeit

Mir/Uns ist bekannt, dass die folgenden in diesem Antrag anzugebenen Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB sind und dass ein

Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist, diese sind insbesondere

- Angaben zum Antragsteller und zum Zuwendungsempfänger
- Angaben zum Subventionszweck und zum Vorhaben
- Angaben zum Beginn des Vorhabens
- Angaben zu den Kosten und der Finanzierung des Vorhabens
- Angaben zur Verwendung der Zuwendung
- Angaben zur Art und Weise der Verwendung der aus der Zuwendung beschafften Gegenstände
- Angaben zu (anderen öffentlichen) Finanzierungshilfen sowie zu Zuwendungen Dritter
- Angaben zu Abschreibungen in den letzten Jahren
- Angaben in den dem Antrag beizufügenden Unterlagen, insbesondere zur Erklärung der Umsatzsteuerpflicht, zu Arbeitsverträgen und zu vorzulegenden Nutzungs- und Leasingvereinbarungen
- Angaben zur Rechtsform sowie zu steuerlichen- und gesellschaftsrechtlichen Verhältnissen
- Angaben zu Beteiligungsverhältnissen
- Angaben zu Vorförderungen sowie zu Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen in den Vorjahren
- Angaben zum Investitionsort und zu weiteren Betriebsstätten

- Angaben zu Verlagerungsinvestitionen
- Angaben zum Wirtschaftszweig, zum Fertigungsprogramm oder zur Art der gewerblichen Tätigkeit
- Angaben zu erworbenen gebrauchten Wirtschaftsgütern
- Angaben zum Erwerb von Grundstücken oder Bauten der öffentlichen Hand sowie zu deren Kaufpreis
- Angaben zur Anzahl der Beschäftigten, zum Jahresumsatz und zur Jahresbilanzsumme
- Angaben zur Anzahl der vorhandenen Dauerarbeitsplätze bei Antragstellung
- Angaben zu Buchwerten der wiederverwendeten Vermögenswerte

Mir/Uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGB1 S 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.

Mir/uns sind zudem die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungspflichten bekannt; insbesondere werde(n) ich/wir jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich der die Bewilligung/Bescheinigung erteilenden Behörde mitteilen, und zwar über die Stelle, bei der der Antrag eingereicht wurde.

Ort und Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift(en) / Stempel

Erklärung zum Beteiligungsbesitz bei KMU (sofern erforderlich)

Ich/Wir gehe/n aufgrund der Kapitalstreuung nach bestem Wissen davon aus, dass die Betriebsstätte zu einem Unternehmen gehört, das nicht zu 25 % oder mehr unmittelbar im Besitz eines anderen Unternehmens bzw. einer öffentlichen Stelle oder im gemeinsamen Besitz mehrerer verbundener Unternehmen bzw. öffentlicher Stellen ist.

Mir/Uns ist bekannt, dass maßgeblich für die Beurteilung, ob ein kleines, mittleres oder großes Unternehmen vorliegt, der Zeitpunkt der Entscheidung der Behörde über die Förderung ist. Da sich die hierfür maßgeblichen Angaben auf den heutigen Zeitpunkt beziehen, sichere ich/sichern wir hiermit zu, sämtliche Veränderungen in Bezug auf den abgefragten Sachverhalt unverzüglich der zuständigen Behörde schriftlich mitzuteilen, und zwar über die Stelle, bei der der Antrag eingereicht wird.

Ort und Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift(en) / Stempel

Einwilligungserklärung zur Übermittlung, Veröffentlichung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten und Daten zum Förderobjekt

Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass zum Zwecke der Transparenz von Fördermaßnahmen das Land oder ggf. die ISB die Angaben zum Empfänger der Zuwendung sowie Angaben über das Vorhaben und über die Höhe des Zuschusses in geeigneter Form veröffentlicht.

Mir/Uns ist weiter bekannt und es wird darin eingewilligt, dass alle in diesem Antrag enthaltenen persönlichen und

sachlichen Daten bei der für den Investitionsort zuständigen Behörde oder sonstigen Annahmestellen zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Subventionsverwaltung und statistischen Auswertung auf Datenträgern erfasst und verarbeitet werden. Die zuständigen Behörden und die sonstigen Annahmestellen sind berechtigt, diese Daten ebenso wie die Entscheidung über diesen Antrag einschl. der Entscheidungsgründe allen an der Überwachung, Finanzierung und der fachlichen Beurteilung dieses Vorhabens beteiligten öffentlichen Stellen (insbesondere Landes- und Finanzverwaltung, Rechnungshof) zur Verfügung zu stellen.

Die Einwilligung bezieht sich ausdrücklich auch auf die Erfassung, Speicherung und Verwendung der nach Beendigung des Investitionsvorhabens zur Verwendungsnachweiskontrolle erforderlichen persönlichen und sachlichen Daten. Die Vorgaben zur Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), Landesdatenschutzgesetz Rheinland-Pfalz, Bundesdatenschutzgesetz (soweit anwendbar) und ggf. zum Bankgeheimnis werden gewahrt. Die Datenschutzinformation habe ich/haben wir erhalten.

Ort und Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift(en) / Stempel